

Bericht des Vorstandes – 4. Plenum 18.01.2023

Liebe Mitglieder des LSBB,
werte Gäste,

am Beginn des Jahres 2023 ist es dem Vorstand ein besonderes Anliegen deutlich zum Ausdruck zu bringen, dass sich der LSBB dafür einsetzt, Berlin zu einer vielfältigen Stadt mit einer sozialen und nachhaltigen Stadtpolitik für alle Menschen, die hier leben, besser und lebenswerter zu machen.

Als LSBB wollen wir, dass sowohl die heutigen Generationen als auch nachfolgende Generationen eine Stadt vorfinden, die funktioniert, bezahlbar ist, die mit einer starken Wirtschaft gute Arbeit ermöglicht und die Herausforderungen des Klimawandels annimmt.

Um dieses Anliegen zu befördern, haben wir in den vergangenen Monaten unseren Arbeitsplan für 2023 mit den 10 Schwerpunkten und unsere Geschäftsordnung einstimmig beschlossen.

Wir haben Arbeitsgruppen gebildet und 13 Fachsprecher*innen benannt.

Eine gemeinsame Stellungnahme zum Abschlussbericht der Evaluation des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz wurde unterzeichnet, Beschlüsse zum kostenlosen ÖPNV Ticket, zum Kurzstreckenticket für Berliner Senior*innen und zur Eindämmung von E-Scootern, um nur einige Beispiele zu nennen, wurden gefasst.

Wir verständigten uns beispielhaft über den aktuellen Handlungsbedarf zur Sicherstellung der pflegerischen Versorgung und über die Reform des Betreuungsrechts.

Seit 2022 sind wir auch stimmberechtigtes Mitglied im Landespflegeausschuss.

Der Vorstand stellt fest, dass der LSBB arbeitsfähig ist und alle Grundlagen besitzt, wirksame Politik für die Senior*innen dieser Stadt zu machen.

Dabei wird er von der Senatsverwaltung IAS in konstruktiver Zusammenarbeit auf vielfältige Weise unterstützt. Die gemeinsame Organisation der jährlichen Seniorenwoche und anderer Aktivitäten sind ein Beleg dafür.

Beide Seniorenmitwirkungsgremien hatten am 01.09. auch die Aufmerksamkeit des Ausschusses für Integration, Arbeit und Soziales des Abgeordnetenhauses. Sie berichteten in einer Anhörung über „Ergebnisse und Perspektiven nach den Seniorenwahlen 2022“.

Es ist erfreulich, dass sich auch die Senatsverwaltung WGPG für die Altenhilfe engagiert einsetzt.

Liebe Mitglieder des LSBB,

wir erleben zurzeit eine Häufung von existenziellen Krisen in großem Tempo. Die „scheinbar“ abflachende Coronakrise, die Klimakrise, bewaffnete Auseinandersetzungen in vielen Ländern, den Ukraine Krieg sowie eine große soziale Ungleichheit mit steigendem Armutsrisiko.

In dieser Zeit zu leben mit all den Veränderungen und Herausforderungen im täglichen Leben, bringt Unsicherheit und Angst hervor.

Die Senior*innen dieser Stadt erleben, wie auch alle Berliner die steigenden Preise von Lebensnotwendigem, u.a. von Energiekosten.

Der LSBB hat bekanntlich die „Charta der Wärme“ unterzeichnet.

Das „Netzwerk der Wärme“ betrachtet der LSBB als zusätzliches Angebot, Orte der Begegnung, für Austausch, Hilfe zur Selbsthilfe, kulturelle Betätigung und Beratung in den Kiezen zu schaffen und auszubauen.

Es geht darum, auch den Senior*innen diese zusätzlichen Möglichkeiten zu vermitteln. So wollen wir die sozialen Folgen der aktuellen Krisen abfedern und ohne zwischenmenschliche Isolation durch den Winter kommen.

Mit Beginn des neuen Jahres traten weitreichende neue gesetzliche Bestimmungen auf Bundesebene in Kraft. Das Bürgergeld als Nachfolger löst Hartz IV ab.

Bei der Höhe des Schonvermögens und der Vermögensfreibeträge sind jene Menschen mit Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung jedoch benachteiligt. Es liegt nur bei 10.000 Euro. Nicht das erste Mal, dass Rentner*innen entweder nicht berücksichtigt werden und das für sie offenbar ganz andere Regeln gelten. Während Leistungsbeziehende im SGB II z.B. ein Pkw fahren dürfen, ohne dass es geprüft wird, sieht das bei der Grundsicherung im Alter anders aus.

Die Bundesregierung bereitet mit der Aktienrente zudem ein Paradigmenwechsel in der Rentenpolitik vor. Die Renditechancen auf dem Kapitalmarkt sollen das Rentensystem entlasten. Sozialverbände warnen vor einer Rentenfinanzierung über Kredite. Ein Crash am Finanzmarkt ist ein unverantwortliches Risiko für die erarbeiteten Ansprüche und hätte weitreichende Folgen auf das Rentensystem, auch wenn dann die Verluste vom Bund getragen werden. Außerdem fordern die Wohlfahrtsverbände die Einhaltung sozialer und nachhaltiger Kriterien.

In Kraft getreten ist auch der Berlinpass-Nachfolger.

Die Sozialstadträt*innen der zwölf Berliner Bezirke haben in einem Brandbrief an die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey auf die Überlastung der Sozialämter hingewiesen. Die Ämter arbeiteten an der absoluten Kapazitätsgrenze, schreiben die Sozialstadträt*innen in ihrem gemeinschaftlichen Alarmruf. Grund sei vor allem die Umstellung vom Berlin-Pass auf einen neuen Berechtigungsnachweis für Sozialleistungen. Dabei geht es beispielsweise um das Sozialticket für den Nahverkehr und Ermäßigungen bei Kultur-Veranstaltungen.

Das kommt uns sehr bekannt vor. Wir hatten auf dem Plenum im September Bezug nehmend auf das „Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung“ ebenfalls festgestellt, dass die zu erwartende Kostensteigerung durch höhere Personal- und Energiekosten, Auswirkungen für Pflegebedürftige, Pflegeanbieter und auch auf Sozialämter haben werden.

Wir erwarten, dass sich die politisch Verantwortlichen aller Ebene diesem Problem widmen und es im Interesse der Betroffenen lösen.

Seit 01.01 2023 ist unübersehbar und unüberhörbar- Es ist wieder Wahlkampf in Berlin.

Bei den Wiederholungswahlen für das 19. Berliner Abgeordnetenhaus und den BVV am 12.02.2023 stehen neben den 6 schon im Parlament vertretenen Parteien noch weitere 27 kleine auf dem Zweitstimmzetteln, insgesamt also 33.

Wir müssen erneut darauf achten, dass unsere seniorenpolitischen Forderungen nicht nur weiterhin Bestand haben, sondern auch aktualisiert und verbindlich umgesetzt werden.

Es muss uns gelingen, das novellierte Seniorenmitwirkungsgesetz und das Altenhilfestrukturengesetz beschließen zu lassen.

Mit gleicher Wertigkeit thematisieren wir die verbindliche Umsetzung der „Seniorenpolitischen Leitlinien“ durch die Verwaltung, den Aufbau einer notwendigen Verwaltungs- und Altenhilfeinfrastruktur und die finanzielle Absicherung der aktualisierten Maßnahmen.

Die Seniorenvertretung Mitte hatte sich Bezug nehmend auf das „Netzwerk der Wärme“ mit einem Brief an drei zuständige Senator*innen gewandt und darauf aufmerksam gemacht, dass bei der Durchführung der Wahl am Wahltag den Bedürfnissen der älteren Bürger*innen stärker Rechnung zutragen ist. Wartezeiten im Freien sollten so kurz wie möglich sein, Sitzgelegenheiten und gut geheizte Wahllokale sind einzurichten. Der LSBB unterstützt die Initiative der Seniorenvertretung Mitte.

Liebe Mitglieder des LSBB,
auf unseren Vorstandssitzungen am 22.11. und 20.12.2022 sowie in der Koordinierung mit der SenIAS am 20.12. thematisierten wir die Vorbereitung der Wahlwiederholung und tauschten uns über unsere Aktivitäten, Forderungen und Schwerpunkte aus. Der Vorstand vertritt die Auffassung, keine neuen Wahlprüfsteine zu formulieren, da die bestehenden noch immer aktuell sind. Die Synopse mit den Antworten der Parteien und Fraktionen liegt vor.
Es sind jedoch Pressemitteilungen zu veröffentlichen.

Wir rufen alle wahlberechtigten Senior*innen auf, am 12.02. zu wählen oder die Briefwahl zu nutzen.

Auf der Tagesordnung stand auch die Vorbereitung und Durchführung unserer ersten Klausur des LSBB am 26./27.11. in Werder (Havel). Die Ergebnisse aus der Diskussion sind in einer Dokumentation zusammengefasst.

Die Teilnehmer*innen haben sich über ausgewählte Leitlinien und die Maßnahmen aus dem Maßnahmenkatalog dazu verständigt.

Übereinstimmend stellten sie fest, dass es gut war, sich mal ohne Zeitdruck mit inhaltlichen Themen zu befassen und dass es weiterer Anstrengungen bedarf, die Öffentlichkeits- und Pressearbeit zu verbessern. Eine wichtige Erkenntnis war, dass wir unsere Pressemitteilungen vor der Wahlwiederholung zum einen mit Forderungen an die Politik und zum anderen für die Berliner Senior*innen veröffentlichen.

Presse und Social Media bieten als soziale Medien die Chance, Menschen miteinander sehr schnell in direkten Kontakt zu bringen. Wir unterstützen die Bemühungen der Senatsverwaltung, die Geschäftsstelle für diese Aufgaben personell zu stärken.

Im Berichtszeitraum wurden wesentliche Entscheidungen in einer Redaktionssitzung und der Steuerungsgruppe „Berliner Gesetz-Gutes Leben im Alter“ getroffen. Im Mittelpunkt stand die Gestaltung und Organisation des Dialogprozesses.

In Gesprächen mit Stadträt*innen aus 12 Bezirken haben sie alle das Altenhilfestrukturengesetz begrüßt. In 5 Bezirken (Friedrichshain-Kreuzberg, Lichtenberg, Pankow, Neukölln und Charlottenburg) wird der Dialogprozess in der Zeit von Januar bis März fortgesetzt. Es ist richtig, dass wir uns nicht durch die Wahlwiederholung stoppen lassen.

Weiterhin haben sich die AG Leitlinien des LSBB und die Steuerungsgruppe der Leitlinien des Senates getroffen.

Weitere AG haben ihre Tätigkeit ebenfalls fortgesetzt.

Der Vorstand bedankt sich bei allen Mitgliedern, Stellvertreter*innen und all den engagierten und fachkundigen Bürger*innen für die Mitwirkung an unseren Vorhaben und Zielen im Interesse der Senior*innen der Stadt.

Eveline Lämmer

Vorsitzende